



Preis-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 16

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Lions-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 2446.

Hamburg, den 17. April 1920

Anzeigen richten die Schriftsteller
paratfertig oder deren Name 1,50 Mk.
(Der Betrag ist stets vorher einzufassen.)
Verbandsangehörigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

◆ ◆ Die Reihen sind geschlossen. ◆ ◆ ◆ Auf zu weiterer Tätigkeit in ernster Zeit!

Ungeachtet der großen Schwierigkeiten, die im Vorjahre die ungünstigen Verhältnisse im Malergewerbe und der allgemeinen Volkswirtschaft uns entgegenstellten, wirkten viele tüchtige Kollegen für den Wiederaufbau und für die innere Erstärkung unserer Organisation. Trotz der furchtbaren Kriegsfolgen, die allein die Schuld an all den schlimmen wirtschaftlichen und sozialen Zuständen tragen, unter denen wir nun leiden, setzten sie alles daran, um überall unsern Verband auf seine frühere Höhe zu bringen.

Dieses dankenswerte Bemühen war von Erfolg gekrönt.

Am Schlusse des Jahres 1919 konnten wir bereits wieder 49 611 Mitglieder mustern gegen 20 417 Ende 1918 und 7229 Ende 1917.

Mit der Mitgliederzahl von 49 611 haben wir den Stand vor dem Kriege — 47 230 am 1. Juli 1914 — bereits überschritten. Gegenwärtig sind schon mehr als 50 000 Berufsgenossen in unserm Verbandsvereinigt, bereit zu weiterer unermüdlicher Arbeit, zum Nutzen aller Kollegen und der allgemeinen Arbeiterbewegung.

Jetzt, mit dem Anbruch des Frühjahrs und dem Aufleben unserer Geschäftstätigkeit, muß es gelingen, an allen Orten erheblich über den Friedensstand hinauszukommen, allen gegnerischen Mächtschaften zum Trotz.

Aber auch die Kassenverhältnisse unseres Verbandes sind günstiger, als wir im vorigen Jahre noch erwarten durften. Einer Einnahme von 2 414 841 M. im Jahre 1919 steht eine Ausgabe von 1 567 579 M. gegenüber, also eine Zunahme unseres Verbandsvermögens im letzten Jahr um 847 262 M. Zusammen mit dem bisherigen Kassenbestand in Höhe von 825 805 M. ergibt dies ein Gesamtvermögen von 1 673 067 M.

Wir wandten auf im letzten Jahr allein für wirtschaftliche Kämpfe 159 758 M., für Arbeitslosenunterstützung 129 205 M., für Kranken- und Sterbeunterstützung 149 555 M. und für anderes mehr.

Die Entwertung des Geldes und die ganz bedeutend gestiegenen Ansprüche an unsere Verbandsfinanzen durch die größere Mitgliederzahl und das berechnigte Verlangen der Kollegen nach erhöhten Unterstützungssätzen, die Gefahr vermehrter Arbeitslosigkeit und die durch den Krieg und seine Folgen gesteigerten Krankheitsziffern machten eine weitgreifende Beitrags- und Unterstützungsreform dringend nötig. Dem haben unsere Kollegen in den letzten Tagen und Wochen mit erfreulicher Einmütigkeit zugestimmt. Wir zweifeln nicht, daß der erhöhte Beitrag von allen Kollegen gern geleistet wird; denn höher als einige Groschen wöchentliches Ersparnis steht das Bewußtsein, daß nunmehr die Streikunterstützung um mehr als 150 % erhöht — seit vor dem 1. Oktober 1919 mehr als verdreifacht — und die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ungefähr verdoppelt wird.

Unsere wieder neu aufgebaute, nach innen gefestigte und von dem Geiste der neuen Zeit durchwehte Organisation wird aber auch im Kampfe um bessere soziale Verhältnisse, angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen, um wesentlich verbesserten Arbeiterschutz und den Fortschritt der Sozialgesetzgebung weit mehr leisten als bisher.

So stehen wir vor neuen allgemeinen Verhandlungen um eine neue Lohn-erhöhung und zurzeit inmitten der örtlichen Verhandlungen zur endgültigen Feststellung der nach dem kürzlich abgeschlossenen Reichstarifvertrag örtlich zu regelnden Bedingungen über Arbeitszeit, Entschädigung bei auswärtigen Arbeiten usw.

Von unsern Kollegen in Lackierereien und Industriebetrieben stehen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen bald hier, bald dort fortgesetzt Hunderte in Tarifverhandlungen oder im Lohnkampf.

Das Unternehmertum verpaßt keine Gelegenheit, um seinen Haß gegen die besondere Errungenschaft der Revolution, gegen den Achtstundentag, zu bekunden und diesen durch eine Verschlechterung der bestehenden Verordnungen darüber besonders den Arbeitern des Malergewerbes wieder zu nehmen. Gegen dieses Gebaren gilt es, auf dem Posten zu sein.

Groß sind die Gefahren, die unsere Kollegen durch die Verwendung giftiger Farben, besonders infolge der vermehrten Verarbeitung von allerlei Erzeugnissen, vor allem für Terpentinöl, bedrohen. Hiergegen und gegen die andern zahlreichen Gesundheitsgefährdungen unserer Berufsangehörigen sind wir gerade gegenwärtig durch ganz besondere Maßnahmen bemüht, die maßgebenden Behörden zu beeinflussen.

Eine dankbare, allerdings aber auch schwierige Aufgabe liegt vor uns ausgebreitet auf dem Gebiete der Heranziehung und Ausbildung unseres gewerblichen Nachwuchses. Unser Jugendorgan, der „Maler-Lehrling“, soll hierbei mit behilflich sein; das Schwerkern dieser Tätigkeit liegt in den Jugendabteilungen unserer Filialen.

Eine wichtige Frage, an der wir nicht teilnahmslos vorübergehen dürfen, ist die der Durchgeistigung unseres Berufes, der kunstgewerblichen Ausgestaltung seiner Erzeugnisse, der sachgemäßen Förderung und Reformierung des Fachschulwesens und der Schaffung einer allen Ansprüchen genügenden Fachpresse.

Die große Frage der Sozialisierung ist zwar für unser Gewerbe nicht ohne weiteres spruchreif, aber zusammen mit den Sozialisierungsbestrebungen im Baugewerbe gewinnt sie dennoch auch hier immer größere Bedeutung.

Der Erlaß des Betriebsrätegesetzes muß unsern Kollegen anspornen, dessen Vorteile im vollsten Maße auszunutzen. Der Einfluß der Arbeiterschaft im Betriebe muß ebenso erstarken wie im Staatswesen, in der Gesetzgebung und in den öffentlichen Verwaltungen; wir wollen im Produktionsprozeß kein totes Glied, sondern ein mitbestimmender Faktor sein, ohne dessen innige Teilnahme jener nicht vorwärtsgehen kann.

Auf diesem Wege ist auch die Sozialisierung unseres Gewerbes durchzuführen, nicht durch einen Gesetzesakt oder durch eine tarifliche Vereinbarung.

Riesengroß türmen sich die Probleme und unmittelbaren Aufgaben vor uns allen auf, die durch den Krieg vorwärtsgetrieben, durch die große Umwälzung unseres Staatswesens und unserer Wirtschaftserfassung plötzlich hervorgetreten sind. Ihre Lösung nicht in Angriff zu nehmen, würde bedeuten, daß wir das Gebot der Stunde nicht erfassen, daß wir uns selbst ausschalten, wo die Früchte jahrzehntelangen Wirkens reifen, und daß wir zurückgestoßen würden in die glücklich überwundenen Zeiten der Unkultur und des sozialen Rückschritts.

Dies zu verhindern erachte jeder Kollege als seine höchste Pflicht!

Dunkel liegt die Zukunft unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse noch vor uns. Lang wird der Weg sein, der uns aus dem trostlosen Zustand herausführt, in den uns die stichbeladene Politik der im Novembersturm von 1918 hinweggesetzten Herrscherlaste gestürzt hat. Die entschlossene Abwehr, die der verbrecherische Putsch der Rapp und Genossen zur Wiederaufrichtung der zusammengebrochenen Reaktion durch die Organisationen der Arbeiterschaft gefunden hat, zeigt, was diese vermögen, wenn sie, auf alles gerüstet, einig zusammenstehen.

Darum hinein in unsern Verband und Hand angelegt, damit die ihm noch Fernstehenden herangezogen werden. Arbeitet alle an den gewaltigen Aufgaben der neuen Zeit!

Der Verbandsvorstand.

Kollegen! Nehmt tätigen Anteil an der Agitations- und Organisationsarbeit! Stärkt die Reihen! Werbt neue Mitglieder! Die Macht der Arbeiter liegt in der geschlossenen Organisation.

Tagung des Haupttarifamtes. Neue Lohnverhandlungen festgesetzt.

Am 9. dieses Monats trat das Haupttarifamt — erstmals unter dem neuen Reichstarifvertrag — zusammen, um unter Vorsitz des Regierungsrats Bühler über eine Reihe von Lohnänderungen zu verhandeln. Diese waren in der Hauptsache entstanden, weil man sich in den in Betracht kommenden Orten über die von uns geforderten besonderen Lohnausgleiche nicht einigen konnte. Danach mußte das in Absatz 8 des letzten zentralen Lohnabkommens vorgeschriebene Verfahren angewandt werden. Wir berichteten über die Verhandlungen im nächsten „Vereins-Anzeiger“ eingehender und brachten die gefällten Entscheidungen, auch in einigen andern Angelegenheiten, dann ab. Zunächst nur soviel, daß nunmehr der Lohn beträgt: in Breslau vom 1. Februar an 8,80 M., vom 1. Mai an 8,70 M., in Albed vom 1. April an 8,70 M., in Hannover vom 1. April an 8,80 M., in Schleswig 8,80 M., in Celle 8,80 M., in Ostrow 8,20 M., in Amberg 8 M., in Unsbach 2,90 M., in Feldafing 8,10 M., in Riffingen 8,15, in Würzburg 8,40 M., in Starnberg 8,15 M., in Schwabach 8 M. und in Bad Salz 8,15 M.

Im Anschluß an die Verhandlungen des Tarifamtes kam es unter den anwesenden Organisationsvertretern zu einer Aussprache über einen von unserm Verbandsvorstand gestellten Antrag auf neue Verhandlungen über eine weitere Lohnerhöhung im Malergewerbe. Nach eingehenden Erörterungen, bei denen die Arbeitgeber großen Wert darauf legten, daß ihnen unsere Forderungen rechtzeitig zugehen, wurden der 29. und nötigenfalls noch der 30. April als Verhandlungstage festgesetzt.

Wir hoffen, daß es dann gelingt, die Arbeitgeberseits unseres Gewerbes davon zu überzeugen, daß die andauernde Teuerung eine wesentliche Lohnerhöhung in aller Kürze bringend notwendig macht.

Die nahende Zeit.

Einen gewaltigen Aufschwung hat die Gewerkschaftsbewegung genommen. Es gibt kaum eine soziale Bewegung in der Geschichte, die in so kurzer Zeit so groß wurde und so gewaltig. Worin liegt diese staunenerregende Zauberwelt? Daß unsere Bewegung so schnell so groß werden konnte, liegt daran, daß bereits heute in ungezählten Herzen ein höheres Empfinden, ein freies Menschengefühl verankert ist. Jede einzelne unserer Gewerkschaftsorganisationen erstrebt ja auf ihre Art ein besseres Los ihrer Teilnehmerinnen; die Bewegung als solche aber, die Idee, die in ihr liegt, erstreckt sich auf das Ganze, auf eine Arbeitswelt der Freiheit und der Harmonie von allen Arbeitbrüdern. Und wenn solcher Welt gemeinsamer Mühs heute so viele, solche Millionen entgegenstreben, so zeigt das, wieviel Reichtum nicht nur an freiem Persönlichkeitwert, sondern auch an einem Brudergefühl bereits in der Menschheit schlummert.

Wer sich nur kennt und sein eigenes Glück, der muß sich am meisten fühlen in der Gegenwart; denn in der Gegenwart kann er sein ganzes Sinnen einstellen aufs eigene Gelingen und aufs eigene Glück. Und wenn nun so viele, wenn nun Millionen nicht wollen dieses Glück, wenn sie höheres erstreben, wenn sie eine Ordnung wollen von allen für alle, ein harmonisches Arbeitsleben aller Brüder, dann beweist das, wie stark bereits die Idee der Menschlichkeit geworden, und wenn manch einzelner auch tausendmal, noch hängend an den Dornen einer egoistischen Zeit der Vergangenheit, den alten Menschen hier und dort noch hervorschauen läßt: noch nie ist plötzlich etwas geworden, und darum kann auch nicht plötzlich werden ein besseres, idealer Menschengeist.

Über den Schlüsselstein einer nahenden neuen Zeit läßt uns dieses lebende Menschentum fühlen. Die Menschlichkeit markiert, die Brüderlichkeit streckt freudig die Arme weit; es naht eine neue Zeit; das Menschentum erwacht.

Lohnbewegungen.

Bunzlau. Seit 3 Wochen fanden die Kollegen in Bunzlau im Streit wegen Erringung eines neuen Lohnabkommens und Festlegung eines Tarifvertrages. Die Malerinnung Bunzlau gehört nicht dem Arbeitgeberverband an; es mußte also versucht werden, eine örtliche Regelung zustande zu bringen. Dies ist nunmehr gelungen. Nachdem von der Malerinnung Breslau mehreremal erfolglos versucht worden war, eine gütliche Einigung zu erzielen, wandten wir uns an den Schlichtungsamt des Vorh. In letzter Stunde gelang es dem Vertreter der Filialleitung, die beschworenen Arbeit-

geber zu befehlen, daß auch für Bunzlau Abhne gezahlt werden müssen, die den allgemeinen Reichstarif entsprechen. Es wurde vereinbart, daß der Lohn vom 1. April 1920 an 4,90 M. (früher 1,88 M.) beträgt. Das Sonderaristmuster wurde mit guten Verbesserungen anerkannt. Maßregelungen dürfen nicht vorkommen. Die Arbeitgeber erklärten, daß die Gehilfen so weit als möglich restlos eingestellt werden. In der darauffolgenden Nachversammlung unserer Mitglieder wurden die Abmachungen anerkannt. Bei der Beratung

Es darf uns nicht gleichgültig sein, wenn dieser oder jener Kollege noch außerhalb des Verbandes steht. Niemand ist zu alt oder zu jung, mit uns in Reih und Glied zu treten und für eine bessere Lebenshaltung zu kämpfen. Stark sind wir, wenn wir einig sind; Macht besitzen wir aber erst, wenn wir uns im Verband als Glieder eines Körpers fühlen.

Darum werbt für den Verband!

über die neuen Beiträge und Unterföhrungsbeirichtungen wurde beschlossen, die von der Hauptleitung vorgeschlagene Neuregelung anzunehmen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß vom 1. Mai an in der zweiten Klasse 2,40 M. zu leisten sind. Durch das einmütige Ausschalten der Kollegen war es möglich, den Streit für uns günstig zu erledigen. Weiter haben die Kollegen erkannt, wie notwendig eine Erhöhung der Streikunterföhrung sei. Sie erklärten sich einmütig dafür, daß auch in der kommenden Lohnbewegung strikte Disziplin die Hauptbedingung ist.

Potsdam. Romawes. Wie bereits bei der letzten Teuerungszulage im Vorjahre, so weigerten sich die Arbeitgeber bis auf etwa 7 Firmen, auch das letzte Lohnabkommen vom 15. Februar dieses Jahres anzuerkennen. Die meisten Arbeitgeber lehnten dem Arbeitgeberverband den Rücken und waren wohl der Meinung, sich nun allen Verpflichtungen entzogen zu haben. Da alle Versuche, den neuen Reichstarif mit dem Lohnabkommen auf gütlichem Wege zur Anerkennung zu bringen, scheiterten, stellten am 16. März 48 Kollegen bei den maßgebenden Arbeitgebern die Arbeit ein. Da sich Streikbrecher aus den Reihen der Gehilfen nicht fanden, — außer einigen Kleinmeistern, die den „Mut“ besaßen, den kämpfenden Gehilfen in den Rücken zu fallen — und auch der Arbeitsschweiz nur zu dem neuen tarifmäßigen Lohn von 4 M. pro Stunde Arbeitskräfte vermittelte, iraten schon nach kurzer Zeit die bestreikten Firmen an unsere Mitglieder mit dem Ersuchen heran, doch mit ihnen zu verhandeln. Es kam dann auch eine Einigung auf der Basis zustande, daß anstatt der Nachzahlung vom 15. Februar, vom 1. April an ein Stundenlohn von 4,20 M. zu zahlen sei, also 20 % die Stunde mehr, beziehungsweise den Berliner Stundenlohn. Bei der Verhandlung am 7. April stellten sich die Vertreter der Zwangsinnung ebenfalls auf diesen Standpunkt und vereinbarten mit uns auf dieser Grundlage einen Sonderarif. Hierdurch ist auch der langgehegte und berechtigste Wunsch unserer Potsdamer Kollegen in Erfüllung gegangen, nämlich den Berliner Lohn auch hier einzuföhren.

Einen jähen Kampf um ihre berechtigte Lohnerhöhung

hatten unsere Chemnitzer Kollegen zu föhren. Als sie wegen der fortgesetzt verteuerten Lebensverhältnisse am 14. August 1919 erneut eine Teuerungszulage von 45 % die Stunde forderten, wurden sie glatt abgewiesen. Erst der Schlichtungsausschuß, an den sie sich wandten, sprach ihnen in einem Schiedsspruch vom 20. September 30 % Teuerungszulage auf die bestehenden Tariflöhne zu. Diesen Schiedsspruch lehnten die Malermeister jedoch ab. Auch dann, als der Schiedsspruch vom Demobilisationskommissar auf Antrag unserer Kollegen am 15. Oktober für verbindlich erklärt worden war, waren die Herren noch nicht bereit, zu bezahlen. Sie erklärten, daß durch die inzwischen durch zentrale Verhandlung am 13. Oktober 1919 vereinbarte und vom 1. November an zu zahlende weitere Teuerungszulage der Chemnitzer Schiedsspruch überholt sei. Als die Kollegen gegen diese Anschauung erneut Einspruch erhoben, wurden sie verschiedentlich allen Ernstes gefragt, wann sie denn endlich streikten. Das hätte den Unternehmern wohl so gefallen können; wir streikten, wenn es uns paßt und nicht wenn es dem Gegner recht ist. Mit dem ablehnenden Bescheid konnten sich natürlich unsere Kollegen nicht zufrieden geben. Sie klagten daher am Gewerbegericht und verlangten Bezahlung vom 20. September an. Das Gewerbegericht sprach ihnen dies auch zu. Die Arbeitgeber waren darüber sehr aufgebracht, sie erblickten in dem Urteil des Gewerbegerichts ein Fehlurteil, ließen zum Bezernenten des Gerichts und verlangten in aller Form die Aufhebung des

Urteils, was selbstverständlich abgelehnt werden mußte. Auch der Demobilisationskommissar wurde im letzten Sinne des Wortes mobil gemacht, indem er veranlaßt wurde, die zwei Schreiben an das Gewerbegericht zu erklären, daß der Streik erst von dem Tage an gelte, an dem er für verbindlich erklärt wurde, aber nicht von dem Tage, wo er gefällig sei. Das Gewerbegericht hielt in den nachfolgenden Klagen an seinem Standpunkt fest, daß bereits vom 20. September an bezahlt werden müsse. Es erblickt in dem Spruch des Schlichtungsausschusses, wenn sich die Gegenpartei nicht unterwirft, ein Urteil, und jedes Urteil gelte von dem Tage an, wo es gefällt wird. Leider verband das Gewerbegericht, trotz unserer Einsprüche, die weiteren Klagen zu einer Klage und ließ dadurch — indem die so zusammengezogenen Beiträge über 100 M. hinauszogen — die Berufungsmöglichkeit beim Landgericht. Die Arbeitgeber griffen die so geschaffene Lage sofort auf und legten Berufung gegen die Urteile des Gewerbegerichts ein. In den Berufungsverhandlungen am 9. und 27. Januar 1920 wurde die Sache auf den 10. Februar nach dann auf den 28. März 1920 verlagert. Jetzt endlich, nach sechsmonatiger Dauer, wurde vom Landgericht die Berufung der Arbeitgeber endgültig abgewiesen. Damit ist entschieden, daß für die Zeit vom 20. September bis 31. Oktober 1919 für jede Arbeitsstunde 80 % Lohn nachzuschlagen ist. Eine größere und längere Verschleppungskatze, wie sich in diesem Fall die Unternehmer leisteten, ist wohl kaum möglich.

Ladlerer.

Krefeld. Nach langem schweren Kampfe war es den Ladlerern der Firma H. Ley, Automobilfabrik A. G., Krefeld, gelungen, den Meister Fejn, den Schrecken der gesamten Kollegenschaft, unmöglich zu machen. Wir wir erfahren, soll er sogar Deutschland den Rücken gekehrt haben. Die Firma, die hartnäckig ihren Kopf durchsetzen wollte, hatte den Meister wohl entlassen, wollte aber den Kollegen doch einen Streich spielen, indem sie Maßregelungen vorzunehmen gedachte. Durch Verhandlungen der Organisationsleitung und energisches Auftreten des Betriebsrates ist es jedoch ermöglicht worden, auch diese Pläne der Firma zu durchkreuzen. Sämtliche Kollegen sind wieder eingestellt und der Streit aufgehoben worden. Vor allen Dingen müssen wir der gesamten Arbeiterschaft Krefelds unsern Dank aussprechen für ihre weitgehende Unterföhrung; ohne sie wäre der Kampf unter den heutigen Verhältnissen nicht durchzuführen gewesen. An der Geschlossenheit unserer Kollegen hat es ebenfalls in erster Linie nicht gefehlt, denn ohne sie wäre der Kampf trotzdem verloren gewesen. Wir möchten deshalb allen Kollegen zurufen: Schließt Euch fest und treu zusammen in unserm Verband, dann wird auch das Ziel stets zu erreichen sein.

Aus unserm Beruf.

Frankfurt a. M. Am 29. März nahm eine Generalversammlung den Jahresbericht entgegen. Nach einer lebhaften Diskussion wurden die feitherigen Mitglieder der Filialverwaltung gegen wenige Stimmen und die beiden Angefallenen einstimmig wiedergewählt. Nach den Wahlen zum Gewerkschaftstarif, zur Bauarbeiterschulungskommission, Lehrlingskommission und zum Ortsarifamt wurde noch besonders auf unsere am 17. April im Zoologischen Garten stattfindende dreißigjährige Jubiläumsfeier hingewiesen. Frage jeder Kollege zum guten Gelingen des Festes bei, dann werden wir nach des Jahres Arbeit und Mühen auch einmal einige fröhliche Stunden im Kreise der Kollegen erleben können.

Hamburg. 2 Punkte waren es, die sich aus der Tagesordnung der Mitgliederversammlung vom 7. April herausheben: die Vorlage des Verbandsvorstandes und des Beirats, betreffend Neuregelung der Unterföhrungsbeirichtungen und Erhöhung des Beitrages, und der Antrag des Filialvorstandes auf Anstellung eines dritten Kollegen. Die erste Vorlage wurde vom Vorstehenden eingehend begründet und erläutert. In der Abstimmung darüber stimmten für die Annahme 287, dagegen 78. Anschließend wurde dem Vorschlage des Filialvorstandes zugestimmt, den Vorkaufschlag gleichfalls zu erhöhen, so daß nunmehr der Beitrag beträgt in der ersten Klasse 2 M., in der zweiten Klasse 3 M. wöchentlich. Zu dem Punkt „Anstellung eines dritten Kollegen“ legte der Vorstand dar, daß die ordnungsgemäße Erledigung der Verbandsgeschäfte, vor allem die nachdrückliche Vertretung der Interessen unserer Kollegen notwendig die Einstellung einer weiteren Arbeitskraft erfordere. Der neuanzustellende Kollege soll in der Hauptsache Agitationsleiter sein. Die Versammlung stimmt dem einstimmig zu. In der vorausgegangenen Versammlung war der Filialvorstand neu gewählt worden. Die angefallenen Kollegen, Lora, Borfiter der, de Haas, Rastner, wurden mit allen 268 Stimmen wiedergewählt. Gleichfalls wiedergewählt wurde Kollege Bejeuhr, Schriftföhrer; zu Beisitzern gewählt wurden die Kollegen Gspfinger, Boesch, Dreyer und Stolle. Des weiteren nahm die Versammlung zu den kommenden Ortsarifamtsverhandlungen Stellung. Diese haben sich durch den Rapp-Märzput verzögert. Die Versammlung legte dem Tarifamtsbeisitzern dringend die Pflicht auf, mit Nachdruck für die Erhaltung der durchgehenden Arbeitszeit einzutreten. Desgleichen forderte die Versammlung, daß vom Vorstand Verhandlungen mit den Arbeitgebern um eine weitere Lohnerhöhung eingeleitet werden. Die gewaltig gesteigerten Kosten für den Lebensunterhalt machen es unmöglich, das Lohnabkommen bis zum 31. Mai durchzuhalten. Der Vorsitzende verwies nochmals auf die alljährliche Frühjahrsagitation und forderte besondere Beachtung und strikte Durchföhrung der Buchkontrollwoche vom 18. bis zum 24. April.

Die Kollegen... Die Kollegen... Die Kollegen...

Die Braunschweiger Malergehilfen vogelfrei?

Die zentralen Verhandlungen um eine neue Lohnzulage im Februar dieses Jahres hatten für unsere Ort 1,20 M. Zulage pro Stunde ergeben. Die Abstimmung über Lohnabkommen und Tarifvertrag - es konnte beides entweder angenommen oder abgelehnt werden - mitigte das Ergebnis der Annahme.

Wir haben zu mehreren Malen bei dem Unparteilichen des Ortsrats versucht, mit den Herren Meistern zu Verhandlungen über die endlich zu erledigenden Punkte im Reichstarifvertrag zu kommen. Einige Kollegen haben sich sogar persönlich zu einzelnen Herren begeben, um endlich zum Abschluss zu kommen.

Sie haben keinen Zweifel daran, daß ihnen die Abmachungen des Arbeitgeberverbandes gleichgültig seien und sie lieber heute als morgen aus diesen austreten würden. Wir sagen nunmehr Herrn Hansen und Herrn Kruse, ob es wahr ist, daß die Braunschweiger Malermeister nicht darüber informiert worden sind, daß sie die Lohnzulage von 1,20 M. vom 15. Februar 1920 an zu zahlen haben und nicht einen Abschlag von 70 A. 8 Wochen lang und dann erst auf Drängen sich bequemen, mit den Vertretern der Gehilfenorganisation über die auszufüllenden Stellen im Tarifvertrag zu verhandeln?

Zur Lehrlingsfrage.

Zweck und Ziel einer beruflichen Organisation der Lehrlinge muß die Heranbildung der jungen Leute zu tüchtigen Männern sein, die fähig sind, den Kampf um die wirtschaftliche Existenz mit Erfolg aufzunehmen. Mittel und Wege zu diesem Ziele sind:

- 1. Die Lehrlinge müssen bestrebt sein, für ihre Tätigkeit eine Vergütung zu erlangen, die ihnen zum mindesten genügende Nahrung und Kleidung gewährleistet.
2. Mit jeder Lehrlingsorganisation ist eine Beratungsstelle zu schaffen.
3. In den Lehrlingsversammlungen ist durch regelmäßige Vorträge, hauptsächlich wirtschaftspolitischen Inhalts, aber auch des allgemeinen Wissens, eine höhere Allgemeinbildung und die Erziehung der jungen Leute zu freien, selbstbestimmenden und handelnden Menschen anzustreben.
4. Da nur ein beruflich tüchtiger Mensch vorwärtstommen kann, muß ein besonderes Augenmerk auf die theoretische und, wo die geeigneten Kräfte vorhanden sind, auch praktische Weiterbildung der Lehrlinge gerichtet werden.
5. Eine besonders eingehende Behandlung verdient die Belehrung über gewerbliche Rechtsfragen und Sozialpolitik.
6. Da eine auf vorstehender Grundlage aufgebaute Schulung der Lehrlinge nur erreichbar ist, wenn diese über die notwendige Freizeit verfügen, darf die Arbeitszeit selbstverständlich nicht mehr als 8 Stunden pro Arbeitstag dauern.
7. In den Versammlungen der jungen Kollegen muß strenge Disziplin herrschen; doch ist zu empfehlen, daß ihnen nach Erledigung erster Fragen auch Gelegenheit zu Spiel und sonstigen Unterhaltungen geboten wird.
8. In der Erkenntnis, daß jede mündliche Agitation auf die Dauer versagen muß, wenn sie nicht durch das gedruckte Wort unterstützt wird, erachte ich die Gründung einer leicht fasslichen Jugendzeitschrift dringend geboten.

Wer noch nicht organisiert ist,

von seiner Glücke Arbeit leben muß und es immer nicht begreifen will, daß er sich selber und seinen Arbeitsgenossen schuldig ist, sich mit ihnen zu vereinigen, um gemeinsam seine Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, seine Existenz- und Lebensverhältnisse menschenwürdiger zu gestalten, ist ein beschränkter Egoist, der sich und andern schadet.

Wer noch nicht organisiert ist,

ist sich nicht bewußt, daß er nicht in die Welt gesetzt ist, um darin allmählich am Körper und Geist zu verfaulen, sondern um zu leben als Mensch. Ist auch die Berufstätigkeit für uns das notwendigste Mittel zum Lebenserwerb, so ist sie ein taugliches Mittel zum Lebenszweck aber nur dann, wenn ihr Ertrag zum Leben ausreicht.

Wer noch nicht organisiert ist,

trägt nicht das geringste dazu bei, die Löhne zu erhöhen, die Berufsverhältnisse zu verbessern, eine anständigere und gerechtere Behandlung zu erwirken, die erforderliche Zeit und die notwendigen Mittel zur Weiterbildung zu gewinnen, bildet daher ein Hemmnis jedes Fortschritts.

Wer noch nicht organisiert ist,

empfindet nicht, daß er, wenn er nur essen, trinken, schlafen, seine spärliche Freiheit unnütz vergeuden, bei seinem Arbeitgeber Klebkind sein, im übrigen aber „zufrieden“, sich an seinem armseligen Dasein genügen lassen wollte, nur ein halber Mensch ist.

Wer noch nicht organisiert ist,

denke daran, daß er auch ein Mensch ist, daß er sich nur durch geistige Betätigung, die sich in harmonischem Wechsel der körperlichen Tätigkeit angeschlossen muß, als Mensch zur Geltung bringen kann, daß er seine Vernunft gebrauchen muß, um sein Leben lebenswert zu gestalten, um ein vollkommener Mensch zu sein.

Wer noch nicht organisiert ist,

schleiche sich darum unverzüglich unserm Verbande an. Dadurch bringt er zum Ausdruck, daß er sich seines Menschseins bewußt ist, sich besserer Lebensbedingungen wert erachtet und bereit ist, mit seiner ganzen Persönlichkeit dafür einzutreten. Erst dann ist er ein vollwertiger Mensch.

Denn Menschsein, heißt Kämpfer sein!



brettel werden; denn ohne Mitwirkung der Eltern ist eine lebenskräftige Lehrlingsorganisation nicht denkbar.

Werte Kollegen! Vorstehende programmatische Ausführungen schreibe ich aus der Erwägung heraus, daß die Lehrlingsfrage endlich einmal in Fluß kommen muß. Die jetzt heranwachsende Generation soll und muß dazu berufen werden, unser so schwer daniederliegendes Gewerbe wieder auf die Höhe zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß unermüdet gearbeitet, müssen von unserm Verband alle Kräfte angespannt werden.

Mit kollegialem Gruß E. H. W. R. s. i. n. g. e. r., Ludwigsburg, Kronenstr. 6.

Eingefandt.

Der Abschluß von Tarifverträgen im gewerkschaftlichen Leben ist oft der Anlaß zu ersten Differenzen sowohl in den Kreisen der Vorstandsmitglieder als auch - in weit größerem Maße - in den Kreisen der berufstätigen Kollegen. In sehr vielen Fällen sind auch die von den Verhandlungskommissionen erzielten Ergebnisse mit den von den berufstätigen Kollegen gehegten Hoffnungen und Wünschen durchaus nicht in Einklang zu bringen, zumal die Mitglieder der Verhandlungskommission zum größten Teile sich aus Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft zusammensetzen, währenddessen das Gros der Kollegen auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Die Arbeitsgemeinschaften sind die konsequente Fortsetzung der Tarifpolitik der Gewerkschaften. Die Berliner Arbeiterchaft ist nun einmal in ihrer Mehrheit radikal gefinnt - ein Faktor, mit dem im Interesse der Einheit der Organisation unbedingt gerechnet werden muß.

werden. Hierin sind die Kollegen bitter enttäuscht worden. Beachtenswert ist, daß die Arbeitgeber zunächst über den Tarif verhandeln und dann erst die Lohnfrage regeln wollten. Man erzieht hieraus, wie äußerst wichtig den Arbeitgebern der Abschluß des Tarifvertrages erscheint. Daher auch - nach Meinung der Arbeitgeber - die große Erhöhung des Stundenlohnes um 1,20 M. Mit dieser Lohnserhöhung wollten sie sich die Annahme des Tarifvertrages sichern. Ein Arbeiter sollte es sein, weiter nichts. Wäre nur der neue Tarifvertrag in vorgenanntem Sinne gehalten, dann hätte sich eventuell darüber reden lassen. Da dieser aber in seinen wesentlichen Punkten nur einen Abtatsch des vorigen Tarifes darstellt, erschien uns die Annahme desselben als nicht zweckmäßig. Das in geheimer Abstimmung erzielte Resultat, 525 gegen 288 Stimmen, spricht für sich. Ein paar Worte noch zur Lohnfrage. Wenn man in Betracht zieht, daß die Kaufkraft der Marke im Innland heute etwa 8 A. beträgt, so bedeutet die Erhöhung von 1,20 M. tatsächlich nur eine Erhöhung um etwa 9 A. Wenn auch die Abtatschungen für Tarif und Lohnabkommen verschleudert sind, so mußte doch über beides gesprochen werden. Da wir weder mit dem Inhalt noch mit der Dauer des Tarifvertrages einverstanden sind, die Lohnserhöhung uns ebensowenig zusagt, darum lehnten wir ab!

Hierzu nur folgendes: Das mitgeteilte Stimmverhältnis drückt nicht klar aus, wie die im Malergewerbe arbeitenden Kollegen Berlins über Lohnabkommen und Reichstarifvertrag denken, weil auch die in der Industrie beschäftigten, sehr zahlreich vertretenen Mitglieder (mit Ausnahme der Maschinenbaubranche), die sonst bei der Regelung ihrer Tarifverhältnisse die Maler nicht mitreden lassen, mit abgestimmt haben. Durch dieses, wohl in seiner andern Filiale übliche Verfahren sind die Meinungen sehr verärrt worden. Eine vorher stattgefundene Vertrauensmännerversammlung hatte zugestimmt. Auf die Gegenüberstellung von Arbeitsgemeinschaft und revolutionärem Sozialismus, die in diesem Zusammenhang so hergeholt wie nur möglich ist, wollen wir es uns versagen, einzugehen. Nur das erscheint uns nicht unwesentlich, daß von einem Redner in der erwähnten Versammlung erklärt worden ist, man könne ruhig ablehnen, denn im übrigen Deutschland werde ja doch zugestimmt. Sehr möglich, daß sich das nicht wenige der Versammlungsteilnehmer zu eigen gemacht haben.

Gewerkschaftliches.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

trat aus Anlaß der Durchführung des Generalstreiks und der zu seiner Beendigung vereinbarten Gewerkschaftsfordrungen zu einer eintägigen Beratung zusammen. Der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Legien, teilte einleitend mit, daß die in Berlin anwesenden Verbandsvorstände während des Streiks wiederholt zur Vertäherhaltung über die Vorgänge und die Maßnahmen der Gewerkschaftsleitungen zusammenberufen worden seien. Die Einberufung einer Ausschussführung war aber wegen des Verkehrsstreiks unmöglich. Legien berichtete sodann über den Rapp-Büttich-Putsch und über den zu seiner Niederwerfung von den Gewerkschaften durchgeführten Generalstreik und seine Erfolge. Die Verhandlungen mit den beiden sozialistischen Parteien zwecks Herstellung einer Einheitsfront des Proletariats seien leider an dem ausweichenden Verhalten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gescheitert; doch gelang es, wenigstens eine einheitliche Kampflinie der Arbeitnehmerverbände herbeizuführen. Nachdem den Generalstreik gelungen war, die illegale Rappropriierung und die meuterisch in Berlin eingedrungenen Truppen zu beseitigen, galt es, Sicherungen gegen die Wiederkehr solcher reaktionärer Putsch durchzuführen. Die Gewerkschaftsleitungen schickten sich deshalb einen mitemschreibenden Einfluß auf die Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen und vereinbarten mit den Vertretern der Regierungsparteien ein Programm, das die Entwaffnung und Verstrafung aller am Putsch Schuldigen, die gründliche Reinigung der Verwaltungen von allen Reaktionsären, die Durchführung demokratischer Verwaltungsreformen, den Ausbau der Sozialgesetzgebung, die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, die Auflösung der konterrevolutionären Heeresformationen und deren Ersatz durch Formationen aus zuverlässig republikanischen Kreisen sowie die wirksame Durchführung der Lebensmittelerzeugung umfaßt. Die militärische Niederwerfung bewaffneter Volkserhebungen zur republikanischen Verteidigung in der Umgebung Berlins sowie in Rheinland-Westfalen und Verschärfung des Generalstreiks, der erst nach erneuter Intervention der Gewerkschaftsleitungen und Erhaltung weiterer Zusagen seitens der Regierung abgebrochen werden konnte. Höchst schwierig gestaltete sich die Neubildung der Regierungen, da nur die sozialistischen Parteien und die christliche Volkspartei den 8 gewerkschaftlichen Programmpunkten vorbehaltlos zustimmten, während die Deutsche Demokratische Volkspartei zu denselben einen verlausultert ablehnenden Standpunkt einnahm. Die Gewerkschaftsvertretungen haben alles getan, um das Zustandekommen von Regierungen im Reich und in Preußen zu fördern und zu beschleunigen, die sich wirklich auf das Vertrauen der die Republik verteidigenden Arbeitnehmerschaft stützen können. Sie wissen die großen Gegenwärtigen eines regierungswidrigen Zustandes gerade in gegenwärtiger Zeit sehr wohl zu würdigen und haben mancherlei Bedenken zurückgestellt, um die Neubildung der Regierung nicht zu erschweren. An der Regierungskrisis tragen nicht sie die Schuld, sondern das Versagen der Reichsregierung, die nur mit Hilfe der Arbeitermassen den verfassungsmäßigen Zustand wiederherstellen konnte. In der Debatte wurde eindringlich die Gefahr neuer Zusammenstöße zwischen den Truppen und der bewaffneten Arbeiterschaft im Industriegebiet wie in Mitteldeutschland geschildert und ein erneutes Eingreifen der Gewerkschaftsleitungen gefordert, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Die Aussprache endete mit der einstimmigen Annahme folgender Kundgebung des Ausschusses: Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt sich mit den Maßnahmen des

Bundesvorstandes zur Abwehr der Reaktion und bei der Bildung der Regierung in vollem Umfange einverstanden.

Weiter hält es der Bundesausschuss für erforderlich, daß sofort von Seiten des Vorstandes Schritte unternommen werden, daß es in Rheinland-Westfalen und in Mitteldeutschland zu einer Vereinbarung kommt, um weiteres Blutvergießen zu verhüten.

Im übrigen erklären die Vorstände, daß die Gewerkschaften in Zukunft, wenn sich die Notwendigkeit dafür ergeben sollte, ebenso geschlossen und kraftvoll auf den Plan treten werden, um die Reaktion zu Boden zu werfen.

Ferner haben die anwesenden Vertreter von Gewerkschaften, die ihren Sitz in Südb., West- und Mitteldeutschland haben, unterzeichnet folgende Erklärung ab:

Die aus Südb., West- und Mitteldeutschland an der Sitzung des Bundesausschusses teilnehmenden Gewerkschaftsvorstände erklären ihr volles Einverständnis mit den Maßnahmen des Bundesvorstandes in der Durchführung des Generalstreiks als das Mindestmaß dessen, was geschehen mußte.

Berlin, den 27. März 1920.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

H. Busemann, Bochum.

Verband der Landarbeiter. Theodor Thoma, Frankfurt a. M.

Zentralverband der Glaser. G. Eichhorn, Karlsruhe.

Deutscher Dinarbeiterverband. J. Siefert, Altenburg.

Deutscher Kürschnerverband. J. Heinze, Leipzig.

Deutscher Metallarbeiterverband. H. Dörmann, Stuttgart.

Zentralverband der Schuhmacher. J. Simon, Nürnberg.

Zentralverband der Steinarbeiter. G. Walter, Leipzig.

Deutscher Chorfänger- und Posaunenverband. Kammann, Mannheim.

In weiteren wurde darüber beraten, in welcher Weise die streikenden Arbeiter und Angestellten für den entgangenen Arbeitsdienst schadlos zu halten seien.

Vereinbarung für das Baugewerbe. Am 31. März und 1. April haben in Hannover unter dem Vorsitz des Stadtrats Müller, Frankfurt a. M., weitere Verhandlungen für das Baugewerbe stattgefunden.

Die am 31. März 1920 abgelaufenen Reichstarifverträge für das Hochbau- und Tiefbaugewerbe einschließlich aller Ergänzungen sowie die zugehörigen genehmigten und noch nicht genehmigten Bezirks- und Ortsstarife und die Tarifverträge für Groß-Berlin werden mit Einschluß der abgeschlossenen Arbeitsverträge unter nachstehenden Bedingungen bis 28. Mai 1920 verlängert:

a) Alle in den bisherigen Lohn- und Arbeitsstarifen aufgeführten Arbeiterkategorien erhalten vom 6. April 1920 an zu den tarifmäßig festgesetzten Entlohnungen, wie sie gemäß Vereinbarung vom 13. Februar 1920, ab 14. Februar 1920

bestanden haben, in Tariforten bis einschließlich 20000 Einwohnern 1 M. für die Stunde, in Tariforten mit über 20000 Einwohnern und in den in der Vereinbarung vom 13. Februar 1920 genannten Industriegebieten und im Feuerungs- und Schornsteinbauergewerbe 1,25 M. für die Stunde mehr.

b) Die Zentralorganisationen beginnen mit den Verhandlungen über Erneuerung der Reichstarifverträge und des Tarifmusters spätestens am 14. April 1920 in Berlin unter Vorbehalt eines Unparteilichen; die Verhandlungen sind tunlichst zu beschleunigen.

Dom Ausland.

Oesterreich. Zwischen dem Bauarbeiterverband und der Genossenschaft der Maler, Anstreicher und Lackierer von Graz wurden nachstehende Mindesttarifverträge vereinbart:

Schweiz. In Thun und Interlaken streiken die Maler. Die Städte Winterthur, Schaffhausen, Luzern und Lausanne sind für Maler gesperrt.

Literarisches.

Die „Sozialistische Gemeinde“ erscheint zweimal monatlich. Einzelnummer 50 h, vierteljährlich 3 M. (Postgeld extra). Bestellungen sind zu richten an die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8/D.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Wappe“. Verlag Georg D. W. Gallwey in München. Diese vorzüglich und reich ausgestattete illustrierte Zeitschrift für das Dekorationsmaler-gewerbe beginnt soeben im neuen Gewande ihren 40. Jahrgang.

Filialangestellter gesucht!

Die Filiale Dortmund sucht zum 1. Juli 1920 einen Geschäftsführer. Bewerber müssen 5 Jahre unsern Verbände angehört, in Organisationsangelegenheiten im Industriegebiet Erfahrung besitzen, sachlich und sachlich-tüchtig sein.

Filialangestellter.

Die Filiale Hamburg sucht zum sofortigen Eintritt einen dritten Filialangestellten der teils Faktions-, teils Verwaltungsbüroarbeiten vornehmen soll.

Der Kollege Wilm. Gerreckheim, Buchnummer 72259, geboren am 28. Juni 1866 in Düsseldorf, zuletzt wohnhaft in München a. d. Rahr, ist von dort unter Mitnahme von Verbandsmaterial seit einiger Zeit vermisst.

Wilhelm Walter, Dele, Paste, Seime. Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer. Hamburg, Dattelstraße 72. Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

diesem Gebiete. Wir können nur wünschen, daß der 40. Jahrgang dieser empfehlenswerten Zeitschrift viele neue Leser finden möge.

Vereinstell. Bericht der Hauptkassie für den Monat März bis Quartalsjahrs.

Eingekandt haben: Nachen 2600, Alen 50, Altona 180, Altschiffenburg 800, Altmark 215,65, Apolda 600, Aschersleben 1200, Aschaffenburg 700, Bayreuth 300, Berlin 8500, Bielefeld 2400, Bochum 500, Braunschweig 1500, Bremen 1000, Breslau 8800, Cassel 4500, Celle 500, Chemnitz 1000, Coblenz 1250, Eßln 13400, Cottbus 888, Erfeld 1400, Garmisch 200, Darmstadt 3000, Dessau 500, Detmold 500, Dörfel 4000, Emden 200, Erfurt 640, Eschwege 651, Göttingen 2000, Flensburg 1100, Forst 650, Frankfurt a. M. 6000, Frankfurt a. d. O. 1900, Freiburg 500, Friedberg 1000, Gießen 500, Glauchau 200, Götting 2500, Göttingen 700, Gröden 800, Guben 500, Hagen 2000, Halberstadt 200, Halle 1800, Hamburg 14 650, Hannover 2000, Heilbronn 1200, Heidelberg 2150, Herford 2000, Hildesheim 800, Hirschberg 200, Jena 695,60, Kaiserlautern 1000, Karlsruhe 2000, Kattowitz 650, Kempten 250, Meißen 400, Rastatt 250, Rastatt 5000, Rastatt 600, Rastatt 600, Rastatt 110, Rastatt 10 000, Rastatt 600, Rastatt 600, Rastatt 250, Rastatt 300, Rastatt 10 000, Rastatt 300, Rastatt 445,15, Rastatt 7500, Rastatt 550, Rastatt 890, Rastatt 400, Rastatt 889, Rastatt 725,20, Rastatt 1000, Rastatt 1000, Rastatt 1000, Rastatt 1100, Rastatt 800, Rastatt 200, Rastatt 1080, Rastatt 210,10, Rastatt 200, Rastatt 130, Rastatt 227,65, Rastatt 522,25, Rastatt 100,70, Rastatt 707,40, Rastatt 400, Rastatt 890, Rastatt 270, Rastatt 1200, Rastatt 800, Rastatt 400, Rastatt 159,80, Rastatt 6000, Rastatt 200, Rastatt 145,50, Rastatt 600, Rastatt 500, Rastatt 400, Rastatt 400, Rastatt 126,70, Rastatt 174,70, Rastatt 64,70, Rastatt 600, Rastatt 890, Rastatt 1800, Rastatt 600, Rastatt 187,90, Rastatt 641,95, Rastatt 1000, Rastatt 1900 M. G. Krüger, stellvertretender Kassier.

Sterbetafel.

Dreinerhaben. Es starben folgende treue Mitglieder: Am 19. Februar der Kollege Anton Straßler im Alter von 59 Jahren. Am 4. März der Kollege August Meyer im Alter von 84 Jahren. Der Kollege Wilhelm im Alter von 42 Jahren.

Die Woche vom 18. bis 24. April 1920 ist die 16. Beitragswoche.

Lasierungen werden auf dem Grundiermittel Kronengrund vollständig gleichmäßig.

Lesen Sie das Handbuch „Neue östliche Grundiermittel“ von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis 4,20 M. postfrei. Zu beziehen durch den Verlag des „Vereins-Anzeiger“, Hamburg 25, Claus-Groth-Straße 1, oder das „Forschungs- und Lehrinstitut für östliche Grundiermittel“, Paul Jaeger, Stuttgart 36, Paulinenstr. 5, oder jede Buchhandlung.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jeden, der ob Beschäftigungslocher, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich fort meine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasstempeln sowie auch zur Herstellung von Plakataluminierten aller Art senden läßt.

Mußbaumleisten halbrund, 17 mm, preiswert abzugeben. Burkart & Günther, Karofferie- und Metallwerke G. m. b. H., Garmisch a. d. Weiser. Nr. 14 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.